



Regierungsbildung in Tschechien steht nach wie vor aus

Rekapitulation: Patt-Situation in Tschechien nach den Parlamentswahlen

Nach acht Jahren sozialdemokratischer Regierung zeichnet sich in der Tschechischen Republik ein Machtwechsel ab. Bei der turnusmäßigen Parlamentswahl am ersten Juniwochenende konnte die oppositionelle konservative Demokratische Bürgerpartei (ODS) die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Die ODS ist der große Sieger der Wahl und legt von 58 auf 81 Sitze zu. Dennoch erreicht sie gemeinsam mit den potentiellen Koalitionspartnern (den Christdemokraten (KDU-ČSL) und den Grünen (SZ) nur 100 von 200 Mandaten. Die restlichen Mandate verteilen sich auf die Sozialdemokraten (ČSSD) und die Kommunisten (KSČM). Die tschechische Politik befindet sich in einer Patt-Situation.

Verhandlungen über eine Mitte-Rechts Koalition scheitern

Diese Patt-Situation führte zu zahlreichen Verhandlungsrunden. Zunächst schlossen ODS, KDU-ČSL und Grüne

erfolgreich einen Koalitionsvertrag. Das Kabinett fand jedoch keine parlamentarische Mehrheit. Die Bildung einer Großen Koalition als weitere Alternative lehnte die ODS strikt ab. Möglich erschien ferner die Bildung einer von den Sozialdemokraten tolerierten Minderheitsregierung der ODS.

Für diese versprochene Unterstützung revanchierten sich die Bürgerlichen Demokraten bei der ČSSD mit der Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten zum Präsidenten des Unterhauses. Zehn Wochen nach der Wahl war die Konstitution des Abgeordnetenhauses und die Ebnung des Weges zur Regierungsbildung endlich möglich: Premierminister Jiří Paroubek trat zurück, Präsident Václav Klaus beauftragte den ODS-Chef **Mirek Topolánek** mit der Regierungsbildung.



Verhandlungen über eine Minderheitsregierung der ODS scheitern ebenfalls

Während das Abgeordnetenhaus seine Arbeit aufnahm, verhandelten die größten Parteien ODS und ČSSD über die Gestaltung der zukünftigen Regierung. Beide Parteien einigten sich über eine Änderung des Wahlsystems, um zukünftigen Patt-Situationen vorzubeugen. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten lehnte die ODS Änderungen, die die kleineren Parteien und ihre potentiellen Koalitionspartner schwächen würden zwar ab. Paradoxerweise stimmte sie jedoch der Stärkung des Mehrheitsprinzips zu, indem sie sich nicht gegen die Erhöhung der Zahl der Wahlkreise wehrte.

Darüber hinaus verhandelten die beiden größten Parteien über das Regierungsprogramm. Die Sozialdemokraten wollten die Besetzung der Schlüsselposten im Land vehement mitbeeinflussen. Sie legten Topoláneks Verhandlungsteam eine mittlerweile veröffentlichte Namensliste vor. Die Verhandlungen wurden fortgesetzt. Plötzlich kam es jedoch zu einer unerwarteten Wandlung: Paroubek verhandelte



parallel mit Miroslav **Kalousek**, dem Vorsitzenden der Christdemokraten. Einige Stunden später rief Paroubek den schockierten Topolánek an um

ihm mitzuteilen, dass eine Vereinbarung mit der ODS nicht mehr in Betracht käme.

Neue Wendung in der Regierungskrise: Kommunisten „dank“ Kalousek im Spiel

Nicht nur Topolánek sondern vor allem die Christdemokraten selbst sind schockiert. Mit Kalousek an der Spitze leh-

ten sie bislang jegliche Zusammenarbeit mit den Kommunisten strikt ab. Nun schien eine Koalition mit der auf die Kommunisten angewiesenen ČSSD möglich. In der Parteibasis entstand eine regelrechte Protestwelle: Kalousek und die engste Führung der KDU-ČSL, die die neueste Entwicklung gebilligt hatten, wurden zum Rücktritt von ihren Parteiposten aufgefordert.

Zuerst kam Kalousek dieser Aufforderung nach, zwei Tage später drei Stellvertretende Vorsitzende: Außenminister Cyril Svoboda, Verkehrsminister Milan Šimonovský und der Vorsitzende der Christdemokraten der Pardubitzer Region Roman Línek. Für Montag plant die KDU-ČSL die Wahl eines neuen Parteivorstandes. Anfang Dezember soll ein neuer Parteivorsitzender gewählt werden. Laut Spekulationen in der Presse werden die regionalen Politiker der konservativen mährischen Parteibasis zum ersten Mal eine Chance zur Übernahme der Parteiführung bekommen.

Christdemokrat Kalousek tritt zurück

Die tschechischen Medien waren sich einig: „Kalousek ist verrückt geworden.“ „Kalousek erliegt der Machtgier.“ „Kalousek verrät eigene Prinzipien“. Bei näherer Betrachtung unter dem Prisma der politischen Entwicklung wirkt die Wandlung jedoch weit weniger dramatisch.

„Dies ist ein bedeutendes Zugeständnis und ich habe keine Freude daran. Falls es jedoch der Preis für die Beibehaltung der pluralistischen politischen Umwelt und für die Abwendung einer Attacke gegen die kleineren Parteien sowie für die Rückkehr zur Verhältniswahl ist, dann bin ich bereit diesen Preis zu zahlen“, erklärte Kalousek seinen Rücktritt vom kompromisslosen Antikommunismus.



Regierungsbildung steht nach wie vor aus

Kalouseks Zug endete fatal. Seine Partei zog sich aus den Verhandlungen über die neue tschechische Regierung zurück. Der Auftrag zur Regierungsbildung verblieb bei Topolánek. Bis Ende der Woche wird Topolánek seine Minderheitsregierung aufstellen. Anfang Oktober wird er im Parlament die Vertrauensfrage stellen. Unabhängig von seinem Abschneiden will Topolánek mit seinem Kabinett vorzeitige Wahlen herbeiführen. Falls das Parlament ihm jedoch das Vertrauen entzieht, kann Präsident Klaus **Paroubek** mit der Regierungsbildung beauftragen. Vorerst warten jedoch alle Beteiligten dieses ermüdenden Spiels die Lokal- und Senatswahlen ab. Diese könnten Ende Oktober die politischen Karten noch gänzlich neu mischen.



Konrad-Adenauer-Stiftung Außenstelle Prag

Verantwortlich

Dr. Stefan Gehrold

Mitarbeit

Pavlina Bartoňová

Klimentská 46

110 02 Praha 1

Tel.: 00420-222 320 190

Fax: 00420-222 320 198

Email: kasprag@kasprag.cz

Web: www.kas.de/prag